

Nein zu Putins Krieg und zum internationalen Faustrecht

Wir Frauen und Männer in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung verurteilen in aller Schärfe den Krieg, den der russische Präsident Wladimir Putin gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung führt. Mit fassungslosem Entsetzen sehen wir die Bilder und hören die Meldungen von der menschenverachtenden und zivilisationsbrechenden Aggression gegen die Menschen in diesem Land und das von ihnen hart erkämpfte Recht auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung.

Unsere tatbereite Solidarität gilt den unzähligen Ukrainerinnen und Ukrainern auf der Flucht. Genauso stehen wir mit unseren Gedanken und Gebeten an der Seite derer, die mit dem Mut der Verzweiflung nicht nur ihre Heimat verteidigen, sondern auch ihre noch junge Zivilgesellschaft. Unsere Hochachtung gilt den vielen Menschen, die in Russland gegen diesen Krieg auf die Straße gehen und dabei nicht selten ihre Freiheit und ihr Leben riskieren.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen Konsequenzen, die die bisher ergriffenen und noch zu erwartenden Sanktionen gegen den Aggressor auch für die Bevölkerung in unserem Land haben werden, rufen wir zu einer sozial gerechten Verteilung der steigenden finanziellen Belastungen auf. Insbesondere die Bezieherinnen und Bezieher geringer Einkommen und Menschen in prekären Lebensverhältnissen müssen hierbei im Blick sein. Die KAB kämpft auch in diesem Sinn für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt. Aber zuallererst muss die beispiellose Eskalation der Gewalt ein sofortiges Ende finden. Die Etablierung eines internationalen Faustrechts muss unbedingt verhindert werden.

Beschluss des Bundesausschusses des KAB Deutschlands e.V. am 05.03.2022